

BaWü-Check

Zeitenwende ja – nur nicht bei mir?

Wenig Hoffnung, viele Sorgen – so sehen die Bürger die Zukunft. Die Krisenstimmung ist im Land angekommen. Dennoch hoffen viele noch, persönliche Einschränkungen vermeiden zu können.



Bekanntheit In der Umfrage gaben 86 Prozent an, Ministerpräsident Kretschmann zu kennen. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Innenminister Strobl (58 Prozent) und Sozialminister Lucha (49 Prozent). Die letzten Plätze belegen Thekla Walker (Umwelt) mit 10 Prozent, sowie Nicole Razavi (Bau) und Marion Gentges (Justiz) mit je 8.

Von Bärbel Krauss

Die „Zeitenwende“, die Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wegen des Ukrainekriegs und seiner Folgen Ende Februar im Bundestag konstatiert hat, ist mittlerweile bei den Bürgern im Land angekommen. Nur noch 21 Prozent der Einwohner blicken mit Hoffnungen auf die nächsten zwölf Monate – das sind weniger als bei allen vorherigen Allensbacher Umfragen. 29 Prozent äußern Skepsis und ein starkes Drittel (38 Prozent) hegt ausgesprochene Befürchtungen für das nächste Jahr. Vor Beginn des Krieges zum Jahresanfang war der Anteil noch halb so groß.

Die Demoskopien sprechen bereits von einem „historischen Stimmungstief“. Seine Ursache sehen sie im Wesentlichen darin, dass sich immer neue Krisen einstellen, ohne dass die vorherigen gelöst wären. Die aktuelle Meinungsumfrage der Zeitungen im Land fühlt den Bürgern auf den Zahn, was das im Einzelnen bedeutet, wo sie sich umstellen – und wo eher nicht:

1 Was sich geändert hat – und was nicht

Wenn es in der politischen Krise so etwas wie Glück im Unglück gibt, dann profitiert die Landespolitik derzeit davon, dass die Baden-Württemberger nach Berlin blicken, wenn es um Lösungen für die aktuelle Gas-Krise geht. Die Energieversorgung im Winter zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen, das erwarten die Befragten nicht von der Landespolitik, sondern von der Bundesregierung. Eine weitere Entlastung für Ministerpräsident Winfried Kretschmann und seine Regierung besteht darin, dass Corona den Bürgern nach dem vergleichsweise entspannten Sommer weniger unter den Nägeln brennt: Nur noch 37 Prozent sehen in der Pandemiebekämpfung ein wichtiges Ziel der Landesregierung; im vergangenen Jahr waren es noch 58 Prozent.

Tatsächlich sind die Prioritäten der Bevölkerung in Teilen unverändert: Wie schon nach der Landtagswahl 2021 sehen zwei von drei Bürgern es als wichtigste Priorität, dass das Land ausreichend bezahlbaren Wohnraum bereitstellt.



Foto: dpa/Bernd Weißbrod
15 Prozent der Befragten kennen Theresa Schopper. Sie bekam die Note 3,4.

Fast genauso viele Menschen (63 Prozent) halten eine ausreichende Zahl von Pflegekräften für besonders wichtig. Klima- und Umweltschutz gehören für 49 Prozent weit oben auf die politische Agenda – deutlich vor der Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen (40 Prozent), einer Verbesserung des Straßen- und Schienennetzes im Land (37 Prozent) oder verlässlicher Kinderbetreuung (30 Prozent).

2 Wovon die Bürger wenig halten

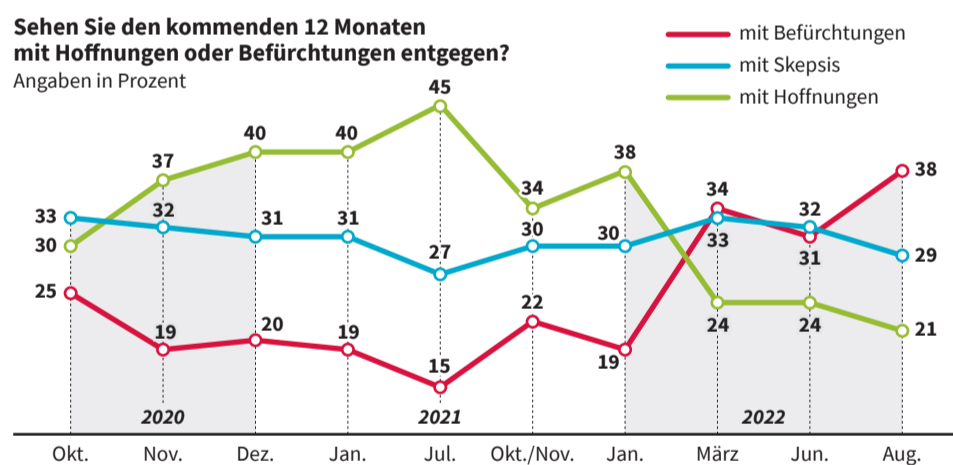
Trotz einer ganzen Serie milliardenschwerer Unterstützungsprogramme – erst wegen der Coronapandemie, dann wegen der Gas- und Energiekrise in Folge des Krieges in der Ukraine – bewerten die Menschen im Land die Haushaltslage ziemlich entspannt. Jedenfalls hat fast die Hälfte der Bürger (47 Prozent), die beim jüngsten BaWü-Check befragt wurden, die Finanzsituation in Baden-Württemberg als gut oder sehr gut eingestuft. 36 Prozent nannten die Lage nicht so oder gar nicht gut.

Dass das Land zur Pandemiebekämpfung 15 Milliarden Euro neue Kredite aufgenommen hat, spielt bei der Bewertung dieser Frage keine nachdrückliche Rolle. Überhaupt: Ein mit 41 Prozent hoher Anteil der Befragten traut sich in dieser Frage kein Urteil zu. Viel Aufmerksamkeit bindet das Thema demnach bisher nicht.

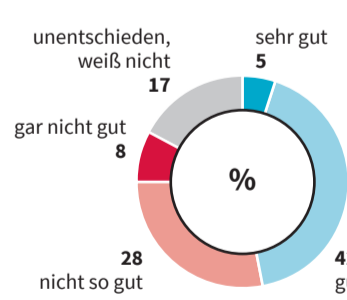
Die Zahl derjenigen, die Grün-Schwarz eine solide Finanzpolitik zuschreiben (29 Prozent), und der Anteil, der dies nicht tut (30 Prozent), halten sich ziemlich die Waage. Einen strikten Sparkurs bejaht nur ein knappes Drittel (31 Prozent). Dagegen hält eine satte Mehrheit von 54 Prozent die Aufnahme neuer Schulden im Doppelhaushalt 2023/24 für unumgänglich.

Das heißt aber nicht, dass die Bürger sämtliche Ausgabenwünsche mittragen. Dass die Ministerien 9000 zusätzliche Personalstellen schaffen wollen, missbilligt knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) als übertrieben. Angemessen finden den Wunsch nach einem so hohen Stellenplus nur 33 Prozent.

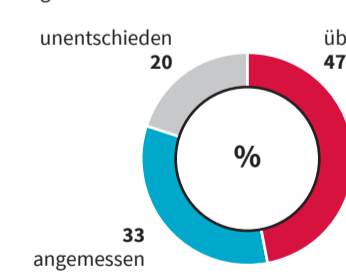
DER BAWÜ-CHECK IN AUSGEWÄHLTEN GRAFIKEN



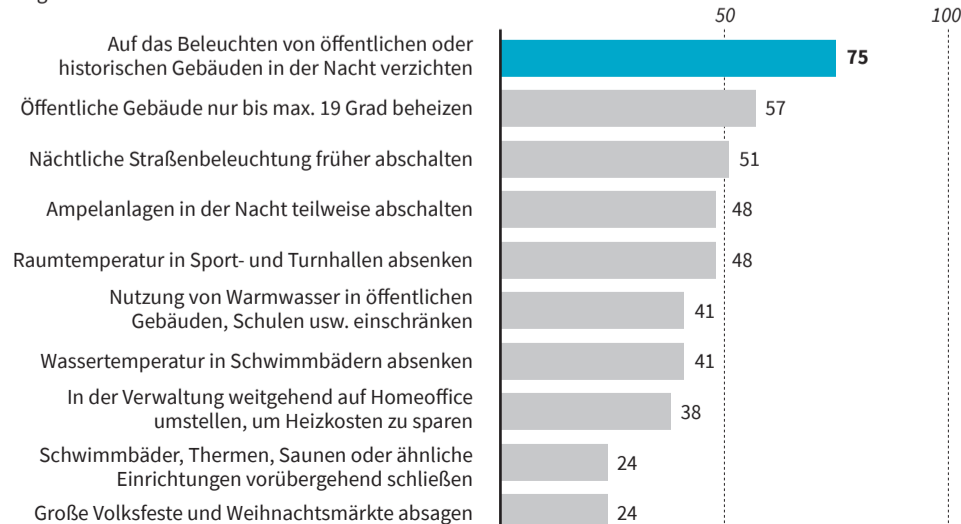
Wie bewerten Sie zurzeit die finanzielle Lage von Baden-Württemberg? (Angaben in Prozent)



Halten Sie einen Bedarf an fast 9000 zusätzlichen Stellen in den Ministerien derzeit für angemessen oder für übertrieben? (Angaben in Prozent)



Welche Vorschläge fänden Sie gut, wie Städte und Kommunen Energie einsparen könnten? (Angaben in Prozent)



Grafik: Locke

Quelle: IfD-Allensbach für Baden-Württemberg

WAS IST DER BAWÜ-CHECK?

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt.

Zeitraum In der Zeit vom 19. bis 26. August wurden 1018 volljährige Bürger befragt, die einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren. Sie wurden per E-Mail zur Online-Befragung eingeladen und erhielten einen Fragebogen. Dieser umfasste 14 Fragen, bei denen eine Auswahl vorgegebener Antworten angeklickt werden konnte. *luß*

3 Wo gespart werden soll – und wo nicht

Noch besser als die Finanzsituation des Landes schätzen die Bürger die Lage ihrer jeweiligen Gemeinde ein: Jeder zweite hält die Finanzkraft seines Wohnorts für gut oder sehr gut. Je kleiner die Kommune, desto besser fällt das Urteil aus. Zugleich ist die Erwartung verbreitet, dass der Heimatort wegen der Energiekrise Sparmaßnahmen verhängen wird. Landesweit äußern diese Einschätzung 45 Prozent der Befragten. Auch das ist gestaffelt: In den Dörfern teilt die Sorge jeder Dritte, in Großstädten ist es jeder Zweite.

Dass Energiesparmaßnahmen wegen der drohenden Engpässe bei der Versorgung mit Strom und Gas im Winter unvermeidbar sind, ist demnach im Bewusstsein der Bürger angekommen. Allerdings haben sie laut dem BaWü-Check offenbar die Hoffnung, sich persönliche Konsequenzen vom Leib halten zu können. So werden vor allem Maßnahmen unterstützt, die keine persönliche Beeinträchtigung bedeuten: Den Verzicht auf das Anstrahlen historischer Gebäude finden drei Viertel der Befragten gut, niedrige Temperaturen in öffentlichen Gebäuden befürwortet mehr als jeder Zweite. Aber nur jeder Vierte befürwortet, dass Schwimmbäder und Saunen geschlossen oder Volksfeste und Weihnachtsmärkte abgesagt werden. „Es fällt Bürgerinnen und Bürgern offensichtlich leicht, vor allem Vorschläge zu unterstützen, von denen sie persönlich nur wenig betroffen sind“, schließen die Demoskopien.

4 Was Noten aussagen – und was nicht

Ein Zeugnis mit lauter Noten zwischen Drei und Vier und ganz ohne Einser und Zweier – so haben die Bürger die Landesregierung beim BaWü-Check im August benotet. Was bei einem Schüler am Zeugnistag zu Hause mindestens leichtes Stirnrunzeln und kritische Nachfragen auslösen würde, quittieren die Allensbacher Demoskopien mit Gleichmut: „Durchschnittlich“ falle die Bewertung aus, ohne große Ausreißer nach oben oder unten. Abgefragt haben die Meinungsforscher eine Zensur für alle elf Minister und den Regierungschef.

Allerdings: Gefragt wurden nur die Teilnehmer, die die Regierenden auch kannten. Und da sieht es wieder einmal mau aus: Regierungschef Winfried Kretschmann hat zwar einen Bekanntheitsgrad von 86 Prozent – und wird von denen, die ihn kennen, mit der Note 3,4 bewertet. Aber schon sein Vize Thomas Strobl (Note 3,6) folgt mit Abstand auf Bekanntheitsplatz 2, Sozialminister Manfred Lucha (Note 3,7) auf dem dritten Rang. Als unbekannte Größen müssen fast alle Neulinge gelten: Kultusministerin Theresa Schopper (Note 3,4), Umweltministerin Thekla Walker (Note 3,6) Bauministerin Nicole Razavi (Note 3,2) und Justizministerin Marion Gentges (Note 3,2) kennen maximal 15 Prozent der Bürger. Nur der grüne Finanzminister Danyal Bayaz hat es geschafft, eine altgediente Kollegin zu überholen. Er ist nach 15 Monaten im Amt (19 Prozent) bekannter als Wissenschaftsministerin Theresa Bauer (18 Prozent) nach elf Jahren. Insofern kann er sich freuen, mit der Note 3,1 die beste Zensur bekommen zu haben.

Wegen der geringen Bekanntheit der Benoteten und der niederen Zahl von Notengebern sind die aber generell wenig belastbar. Halbwegs gesichert sind nur drei Aussagen: Nach elf Regierungsjahren wachsen die Bäume für den beliebten Landesvater Kretschmann nicht mehr in den Himmel. Manfred Lucha klebt im dritten Pandemiejahr ein Coronaminus am Revers. Thomas Strobl mag sich trösten, dass der Untersuchungsausschuss zur Polizeiaffäre ihn zwar ans Ende der Notenskala katapultiert – nicht aber aus dem Kreis der Kollegen hinaus.

Gräber, Geister und Geschichten

Die Kirchen in Baden-Württemberg beteiligen sich am Sonntag am Tag des offenen Denkmals.

Tausende Denkmale und historische Gebäude in Baden-Württemberg öffnen zum Tag des offenen Denkmals an diesem Sonntag für Besucher. Auch die Kirchen beteiligen sich an der Aktion und bieten Sonderführungen an – unter anderem in Kirchen und kirchlichen Gebäuden. Zu entdecken sind beispielsweise die älteste katholische Kirche in Karlsruhe, die alte Gruftanlage auf dem Mannheimer Hauptfriedhof oder die alte Synagoge in Sinsheim. Auch eine Turmbesteigung der Stuttgarter Stiftskirche, eine Glocken- oder Dachstuhlführung in der Kirche Markgröningen oder eine Themenführung „Gräber, Geister und Geschichten“ auf dem Friedhof Biberach sind möglich.

Die bundesweite Aktion der Deutschen Stiftung Denkmalschutz steht in diesem Jahr unter dem Motto „KulturSpur. Ein Fall für den Denkmalschutz“. In Baden-Württemberg startet der Aktionstag bereits am Samstag mit einer Nacht des offenen Denkmals. Die Eröffnung findet in der evangelischen Esslinger Stadtkirche Sankt Dionys statt, begleitet von einem vielfältigen Kulturprogramm mit Führungen, Konzerten, Kleinkunsttheater und Lichtinstallationen.

Die für die Denkmalpflege zuständige Ministerin für Landesentwicklung, Nicole Razavi (CDU), sagte, Kultur und Denkmäler seien ein „wunderbares Bindeglied“ für gesellschaftlichen Zusammenhalt, den es derzeit mehr denn je brauche. *KNA*

Wollte 79-Jähriger Ehefrau töten?

STUTENSEE. Ein Mann soll in Stutensee (Kreis Karlsruhe) versucht haben, seine Ehefrau zu erwürgen. Einsatzkräfte konnten die 78-Jährige reanimieren und in ein Krankenhaus bringen. Möglicherweise werde sie jedoch unwiderrufliche Schäden davontragen. Weil der 79-Jährige aufgrund einer psychischen Erkrankung im Wahn gehandelt haben soll, ist er nun vorerst in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht. Die Frau hatte den Angaben zufolge am frühen Montagmorgen die Polizei gerufen und gesagt, ihr Mann habe sie töten wollen. Als die Einsatzkräfte eintrafen, fanden sie die Frau ohne Lebenszeichen in der Wohnung. *IsW*

Jagd endet für 52-Jährigen tödlich

EHINGEN. Ein Jäger ist bei Ehingen (Alb-Donau-Kreis) durch sein eigenes Gewehr gestorben. Nach Angaben der Polizei löste sich am Montag offenbar ein Schuss aus der Waffe, als der 52-Jährige in einem Wald unterwegs war. Ermittler versuchen den Angaben von Dienstag zufolge nun herauszufinden, wie es dazu kam. Jagdkameraden hatten den Schuss gehört und den Mann wenige Minuten später gefunden. Für ihn kam aber jede Hilfe zu spät. Die Polizei geht von einem Unfall aus. *IsW*

Prozess: Fiskus um Millionen gebracht

MANNHEIM. Eine Frau und zwei Männer müssen sich seit Dienstag vor dem Mannheimer Landgericht wegen Steuerhinterziehung von mehr als sechs Millionen Euro verantworten. Die beiden Männer sollen als Geschäftsführer einer Firmengruppe ihre Produkte rund ums Auto bei den Kunden künstlich als Einzelleistungen abgerechnet haben. Die angeklagte Frau hat die beiden laut Staatsanwaltschaft steuerlich beraten. *IsW*

Seniorin fliegt mit Auto durch die Luft

BOXBERG. Eine angetrunkene Seniorin ist bei Boxberg (Main-Tauber-Kreis) mit ihrem Auto verunglückt und rund 20 Meter durch die Luft geflogen. Sie blieb mit dem Auto auf einem Feld stehen und wurde schwer verletzt, wie die Polizei mitteilte. Demnach kam die 72-Jährige wegen nicht angepasster Geschwindigkeit in einer Kurve von der Fahrbahn ab. Bei dem Unfall am Montag entstand ein Schaden von rund 26 000 Euro. Laut Alkoholttest hatte die Frau 0,6 Promille. *IsW*